

Nachtrag zur anti-faschistischen Wunsiedel-Kampagne und zur Politik der SAG (August 1992)

Die jährliche nationale Mobilisierung zum Gedenken des Hitler-Stellvertreters Heß hat für die faschistischen Kräfte zentrale Bedeutung zur Koordinierung und zum Aufbau ihrer Massenpartei. Dieses Jahr sollte der faschistische Einfluß möglichst weit ins breitere deutsch-nationalistische Lager getragen werden. Eine entschlossene anti-faschistische Mobilisierung, getragen vor allem von Mitgliedern der Gewerkschaften, hätte diese nationale Heerschau der Nazis verhindern können. Diese Chance wurde vertan.

Vor allem autonome Kräfte begriffen die Bedeutung einer nationalen Gegenoffensive, während SPD, DGB und PDS wie immer wegschauten. Die Ablehnung der Autonomen, sich auf die Arbeiterklasse zu orientieren, behinderte einen effektiven Kampf - den Antifaschi-

stinnen und Antifaschisten ist es bundesweit nicht gelungen, aus der politischen Isolation herauszukommen.

Nachdem in Berlin durch die Intervention der Gruppe Spartakus (GS) die Forderung "Verhindert den Nazi-Aufmarsch" durchgesetzt wurde, formierte sich das *Berliner Bündnis gegen den "Rudolf-Heß-Gedenktag"*, in dem v.a. die unabhängige Antifa Berlin (UA), die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) und die GS politisch hervortraten. Eine Verbreiterung des Bündnisses gelang auch in Berlin nicht. Die meisten Organisationen der Berliner Linken tauchten weg, die "kritischen GewerkschafterInnen" hielten sich bewußt heraus, die PDS war nur durch wenige Stadtteilvertreter präsent.



Reisz, einer der Nazi-Führer

Die Mobilisierung des Bündnisses wurde zudem durch die Vereinnahmungspolitik der UA geschwächt. Voraussetzung für eine (möglichst breite) Aktionseinheit ist, daß kein Bündnisbestandteil gezwungen wird - über das Aktionsziel hinaus - das politische Programm anderer zu vertreten. Die UA versuchten dagegen, ihre Anti-Faschismus-Konzeption bürokratisch durchzusetzen, und als sie zwei Wochen (!) vor Wunsiedel mit dieser Politik nicht weiterkamen, spalteten sie das Bündnis (s. dazu das GS-Dokument "Zwei Schritte vorwärts - einer zurück", über die Redaktionsadresse erhältlich).

Der Antifaschismus der SAG

Die SAG gab während der Bündnisarbeit ein klägliches, opportunistisches Bild ab. Anfangs versuchte sie, die Losung "Verhindert den Nazi-Aufmarsch" als zentrales Mobilisierungsziel zu umgehen. Sie war ihnen zu "militant" und "abschreckend" für die gesuchten Blockpartner im sozialdemokratischen Spektrum. Auch wir Trotzisten treten für Aktionseinheiten mit sozialdemokratischen Kräften ein - aber nicht um jeden Preis und schon gar nicht, wenn die Grundlage der Aktionseinheit gefährdet wird. Wir wollten möglichst viele Kräfte für eine Aktion mobilisieren, die den Nazi-Aufmarsch hätte verhindern können. Der SAG dagegen war die Rücksichtnahme auf mögliche rechte Blockpartner wichtiger als eine militante anti-faschistische Zielsetzung des Bündnisses. Zwei Wochen brauchte die Gruppe, um dem Aktionsziel im Bündnisaufruf dann doch noch zuzustimmen. Als dann die UA das Bündnis verließen, kroch ihnen die SAG bis zur Selbstaufgabe hinterher, um wenigstens die technischen Möglichkeiten und Flugblätter der UA nutzen zu können (ein SAG-Vertreter überlegte gar, als Friedensgeste das Bündnis aufzulösen).

Der Opportunismus, den die SAG in Berlin an den Tag legte, ist kein Einzelfall. Viele militante Antifaschisten kennen diese Gruppe als "Fähnchen im Wind", die vor allem vor dem SPD-Milieu kapituliert. Mit der Begründung, die "größtmögliche Einheit" erzielen zu wollen, ist die SAG sogar bereit, mit Vertretern des bürgerlich-demokratischen Antifaschismus gegen militante Ziele und deren Verfechter zu blocken. Theoretisierter Kern dieses Opportunismus ist die SAG-Konzeption einer linken, klassenunspezifischen "antifaschistischen Massenbewegung". Die SAG hat keine Orientierung auf eine anti-faschistische Arbeiter-

massenbewegung, die, gestützt auf Organisationen wie den DGB, nur gegen den Einfluß des kleinbürgerlichen bzw. bürgerlichen Antifaschismus à la SPD, PDS, GRÜNE etc. entwickelt werden kann. Die Suche nach "antifaschistischer Breite" wird daher anders enden, als linke, militante SAG-Mitglieder es erwarten: Nicht die Massen werden mit ihren bürgerlichen Illusionen brechen, sondern die SAG führt umgekehrt Militante geradewegs auf den linken Flügel des sozialdemokratischen (klein-)bürgerlichen Antifaschismus.

Antifaschistische Demo in Hof - Aufmarsch der Nazis in Rudolstadt

Die Hofer Demonstration am 15. August gegen die faschistische Heiß-Ehrung war, gemessen an der Absicht den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, sicherlich kein Erfolg. Die Logistik der Autonomen erwies sich als zu schwach und behäbig, den mobilen Nazis effektiv entgegenzutreten. Das Zusammenbrechen der autonomen Strukturen vor dem Hintergrund ihrer allgemeinen politischen Desorientierung mag hier eine Rolle gespielt haben. Für die Nazis hingegen war es ein Erfolg, mit mindestens 1 500 Schlägern in Rudolstadt eine verbotene Demonstration durchzusetzen. Das war der Auftakt zur neuen Welle des faschistischen Terrors in Rostock, Quedlinburg, Berlin, Mölln und vielen anderen Orten der BRD.

Bisher ist es noch nicht zu einem Kräftemessen in einer größeren Konfrontation zwischen der Linken und Arbeiterbewegung einerseits und der braunen Pest andererseits gekommen. Diese momentan instabile Übergangssituation ist jedoch alles andere als beruhigend. Wer Protestdemonstrationen wie die in Rostock am 29. August als "Erfolg" wertet (wie die Organisatoren der Demo und auch die SAG), obwohl die Nazis einer Konfrontation bewußt auswichen und zeitgleich dezentral viele Wohnheime ungehindert attackieren konnten - der verkennt den Ernst der Situation! Die vorherrschende passive Haltung gegen die Nazi-Überfälle muß überwunden werden: Bloßer Protest reicht nicht aus und Kerzenhalten wird zunehmend gefährlicher. Auch die Aktionen von kleinen isolierten Gruppen des autonomen Spektrums gegen Nazis enden auf Grund des sich ändernden Kräfteverhältnisses immer öfter im Fiasko. Darum:

Weder Pazifismus noch Abenteuerertum! Militante Klassenaktionen zur Zerschlagung des Nazi-Packs!

BOLSCHEWIK 
Gruppe Spartakus

Spendenaufruf

Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus braucht eine revolutionäre Ausrichtung. Das ist der Zweck unserer Propaganda. Wir brauchen Geld zum Ausbau des Bolschewik.

Unterstütze die Zeitschrift der Gruppe Spartakus!

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107